Rainer Rilling

Zur Lage des gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereichs der Universität Marburg

Zu berichten ist über einen in der deutschen Universitätsgeschichte nach 1945 einmaligen Vorgang: den Versuch, einen Fachbereich mit fast 100 Beschäftigten und über 2000 Studenten aufzulösen. Es geht um den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg, dessen Kernfächer Soziologie und Politik sind.

Der Fb unterscheidet sich von anderen gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereichen in der BRD wohl vor allem durch dreierlei:

1) Er hat intern eine sehr weitgehende Mitbestimmungsregelung für Studenten und die nichtwissenschaftlichen Arbeitnehmer.

2) Er hat einen relativ weitgehenden Wissenschaftspluralismus aufzuweisen, das heißt unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der bundesdeutschen Sozialwissenschaft: es sind auch marxistische Ansätze vertreten.

3) Die Arbeit beruht wesentlich auf einem wissenschaftlichen und politischen Grundkonsens fast aller Lehrenden und auch weitgehend der Studierenden.

Dieser Grundkonsens ist von dem gegenwärtigen Landesvorsitzenden des hessischen DGB, Jochen Richert, vor einiger Zeit so umschrieben worden: der Fb 03 habe sich besonders um die wissenschaftliche Erarbeitung arbeitnehmerbezogener Standpunkte verdient gemacht. Wegen dieser wissenschaftspolitischen Orientierung wird der Fb 03 insbesondere von der CDU in den letzten Jahren angegriffen.

Der Angriff besteht darin, daß der Fb 03 als marxistisch-leninistisch oder als DKP-Parteihochschule denunziert wird. Dabei zeigte sich ein trauriges Zusammenspiel »linker«, rechter und sozialliberaler Kräfte. Nach einigen Attacken auf den Fb 03 bereits in den Jahren 1971–73, die vorwiegend von einzelnen – wie dem Marx-Experten Fetscher –, der Springer-Presse oder lokalen CDU-Matadoren vorgetragen wurden, erfolgte Mitte 1975 eine »Untersuchung« von F. Vilmar, der sich seit 1973 bemüht, den Fachbereich und die dort Arbeitenden unentwegt ins »rechte« Licht zu rücken. Die Publikation von Vilmar, erschienen in dem von R. Dutschke und M. Wilke herausgegebenen Band »Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke«,

versuchte zu beweisen, daß der Fb eine DKP-Parteihochschule sei. Vilmars Studie wurde in allen Sachbehauptungen vom Fachbereich Wort für Wort widerlegt. Dabei wurde deutlich, daß das Vilmar-Pamphlet nur mit entsprechenden Schriftstücken der politischen Rechten in der Weimarer Zeit vergleichbar ist und in der deutschen Hochschulgeschichte nach 1945 keine Parallele hat. In der Folge dieses Pamphlets hat dann die CDU gefordert, den Fb 03 aufzulösen. Der Angriff der CDU ist dank eines sehr breiten Widerstands sowohl der Lehrenden als auch der Gewerkschaften als auch, wenngleich mit einigen Einschränkungen, der hessischen SPD/FDP zurückgewiesen worden.

Mitte/Herbst 1976 erfolgte dann eine zweite, durchaus vergleichbare Denunziation des Fachbereichs durch den ehemaligen Vorsitzenden des Marburger Wissenschaftlichen Prüfungsamtes W.N. Luther. In einer CSU-nahen Zeitschrift veröffentlichte er einen »Enthüllungsartikel«, in dem er sich der CDU als »Insider« andiente und aus internen Materialien zitierte mit dem Ziel, die These von der marxistisch-kommunistischen Parteihochschule zu belegen. Er verwandelte liberalkonservative Professoren in »linientreue Kommunisten« und legte dem Ministerium nahe, die Prüfungsberechtigung einzelner Hochschullehrer zu »eliminieren«. Auch diese Denunziation wurde von der CDU und der rechten Lokalpresse im Bundestagswahlkampf 1976 aufgegriffen und zur Entfachung einer heftigen antisozialistischen Kampagne benutzt. Auch diese Behauptungen wurden von Vertretern des Fb 03 in allen wesentlichen Sachbehauptungen Wort für Wort widerlegt, was die CDU nicht davon abhält, nahezu im monatlichen Turnus in rechtsextremer Manier, sei's im Landtag, sei's in der Presse über den Fachbereich herzuziehen.

Leider zeigte sich die sozialliberale Landesregierung von diesen Angriffen auf eine große wissenschaftliche Institution in Hessen ebenso beeindruckt wie einige Hochschullehrer des Fachbereichs. Die Landesregierung hat diese Angriffe und das Ansinnen auf Auflösung des Fachbereichs immer entschieden zurückgewiesen, was nachdrücklich zu begrüßen ist. Daneben aber hat sie versucht, unter dem Vorzeichen »differenzierter« Betrachtungsweise einzelne Personen und Bereiche des Fb aus der Schußlinie der Rechten herauszunehmen (und damit implizite andere Personen bzw. Bereiche als solche darzustellen, wo nach ihrer Ansicht scheint's die nachgewiesenermaßen falschen und denunziativen Behauptungen der CDU zuträfen!) Daß ein solches »Entgegenkommen« nichts nützt, zeigt schon eine Kleinigkeit: Die CDU, die vormals nur von »kommunistischer«

Parteihochschule sprach, redet neuerdings stets von »sozialistischer« Parteihochschule . . . ; auch ist die Administration hinsichtlich der allgemeingängigen Berufsverbote, der Berufungspolitik und der Personal- und Sachmittelpolitik offenbar um hauseigene Zutaten bemüht, die der Entwicklung eines pluralistischen Spektrums am Fb wenig zuträglich sind. Unter konsequenter Beibehaltung eines solchen Spektrums ist die Mehrheit des Fachbereichs bemüht, diese Freiheit der Gesellschaftswissenschaft zur Parteinahme für die arbeitende Mehrheit der Bevölkerung zu sichern und in Form etwa institutionalisierter Kooperationsbeziehungen mit der Gewerkschaftsbewegung auszubauen, wie dies seit Anfang 1976 geschieht. Im Januar 1976 beschloß der Fachbereich, regelmäßig in Kooperation mit dem DGB Marburg/Biedenkopf eine Lehrveranstaltung pro Semester abzuhalten zu »Themen von gewerkschafts- und gesellschaftspolitischem Interesse«, an der Mitarbeiter des Fb, vor allem aber »interessierte Arbeitnehmer« teilnehmen sollen. Zwei solcher Veranstaltungen zu den Themen »Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung« und »Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland« wurden erfolgreich durchgeführt. Eine solche Orientierung scheint uns eine richtige Antwort auf die Attacken der politischen Rechten auf den Fb zu sein, und wir werden diesen Kurs fortsetzen.

Dieser Sachverhalt ist ausführlich dargestellt, dokumentiert und interpretiert in: BdWi Sektion Marburg (Hrsg.): Sozialwissenschaft und Arbeitnehmerinteresse. Kleine Bibliothek, Pahl Rugenstein Verlag, Köln 1977, 252 S., 12.80 DM.

18. Deutscher Soziologentag, Bielefeld, 28. 9. – 1. 10. 1976
Sonderveranstaltung
Komitee »Wahrung demokratischer Rechte im öffentlichen Dienst«

Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Herrn Prof. Dr. K. M. Bolte

Meine Damen und Herren!
Eine gesellschaftliche Ordnung kann bekanntlich prinzipiell durch zweierlei gefährdet werden:

– einmal durch eine bewußte Brechung, Überschreitung oder Unterminierung ihrer Ordnungsformen,

– zum anderen durch die einengende oder einseitige Auslegung verfassungsmäßiger Ordnungsformen durch die jeweils Herrschenden in ihrem Sinn, die dann schließlich zu einer faktischen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse gegenüber den ursprünglich konzipierten führt.

Hinsichtlich der ersten Gefährdung ist es in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft m. E. nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Regierungsorgane, die Gesellschaft gegen solche zu schützen, die die verfassungsmäßige Ordnung brechen oder gefährden. Es ist aber andererseits m. E. das legitime Interesse und die Pflicht der Staatsbürger, darüber zu wachen, daß dabei nicht bewußt oder unbewußt Praktiken ins Spiel kommen, die dann in Richtung der zweiten Gefährdung wirken.

In diesem Sinne begrüße ich jede Art von Aktivität, die sich die Wahrung der verfassungsmäßigen Freiheitsräume zum Ziel setzt. Gerade die Soziologie hat im Laufe ihrer Geschichte mehrfach erleben müssen, daß Gesellschaftskritik, die einen wichtigen und legitimen Teil soziologischer Forschung darstellt, unterdrückt und zu staatsfeindlicher Aktion erklärt wurde. Es liegt deshalb m. E. besonders auch im Interesse unserer Wissenschaft, daß immer wieder geprüft und ggf. offengelegt wird, ob sich und wo sich evtl. Tendenzen finden, die selbst letztlich jene Freiheitsräume gefährden, die sie zu schützen behaupten. Ich hoffe, daß auch diese Veranstaltung zur Klärung dieser Problematik beiträgt.